



Grundwerteforum21: „Gerechtigkeit – Gesellschaftliche Ausgrenzung – Armutspolitik?“

Ein zentraler Punkt für die Programmatik der Sozialen Demokratie ist die Garantie des Bürgerrechts auf soziale Inklusion für alle. Die Erfüllung der sich daraus ableitenden sozialen und ökonomischen Grundrechte konkretisieren sich in den Dimensionen des garantierten sozialen Schutzes, der Chancengleichheit im Bildungssystem, der Armutsvermeidung, der Beteiligung an der Erwerbsarbeit und der Einkommensgleichheit. Im Vollzug der Globalisierung drohen diese Grundrechte in allen ihren Dimensionen für einen immer größer werdenden Teil der Gesellschaft für die Zukunft als nicht mehr garantiert. Es droht Armut und soziale Ausgrenzung für immer größer werdende Bevölkerungsgruppen. In den

Leitsätzen auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm der SPD heißt es deshalb eindeutig: „Die neuen sozialen Fragen, vor allem die Bekämpfung neuer Formen von Armut und Ausschluss, lassen sich mit dem Sozialstaat bisheriger Prägung nur noch unzureichend bewältigen.“

Frage ist: Welche sozialdemokratischen Reformprojekte sind geeignet soziale Inklusion zu ermöglichen und welche politischen Maßnahmen sind zielführend, die bereits bestehende soziale Ausgrenzung umzukehren. Im Kern der nachfolgenden Erörterungen geht es um die Frage: Welche Gerechtigkeits-, Inklusions- und Armutspolitik brauchen wir?

Armut, Ausgrenzung, Armutsvermeidung

Was ist die Situation? Was sind die Ursachen? Wie geht es weiter?
Was sind die Handlungsstrategien?

Die aktuelle Armutsstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat gezeigt, dass in der Bundesrepublik Deutschland eine verhältnismäßig große Zahl von Menschen ausgegrenzt werden, acht oder zehn Prozent, die nicht nur vorübergehend unter Armut leiden. Im Gegensatz zu früheren Studien die Armut als einen zeitweiligen Zustand eines relativ großen Teils der Bevölkerung in der Bundesrepublik beschreiben, hat diese Studie gezeigt, dass ein großer Teil dieser Menschen denkt, gar keine Chance mehr zu haben wieder zurückzukehren in die Mitte der Gesellschaft und ihre Kontakte, ihre Lebensbeziehung zur Gesellschaft auch von sich aus gekappt haben. Ein sehr tief liegendes Problem, das sich die Gesellschaft und eine politische Kraft die sich der sozialen Demokratie verpflichtet fühlt auf keinen Fall leisten kann.

Die nachfolgenden knapp zusammengefassten Beiträge diskutieren, ob in den Programmen und in der Praxis der sozialen Demokratie Ansatzpunkte da sind, die erhoffen und erwarten lassen, dass diese Probleme gelöst werden.

Die Langfassung der redaktionell aufbereiteten Vorträge und Diskussionsbeiträge sind als einzelne On-Demand-Videos und als Volltexte im Themenportal und in der Mediathek des www.Grundwerteforum21.de verfügbar.

August 2007

ISSN 1861-8014

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Telefon: 0228 883-322

Fax: 0228 883-695

Redaktion: Gisela Zierau

Fotos: Sepp Spiegl

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign

Druck: Printservice Produktion

© Friedrich-Ebert-Stiftung



PROF. DR. RAINER GEISSLER

Soziale Inklusion – Der Beitrag der Bildungspolitik

Der nachfolgende knapp zusammengefasste Beitrag analysiert Ungleichheit durch ungleiche Bildungschancen und formuliert eine Reihe konkreter Vorschläge, wie diese Situation verbessert werden kann:

Gesellschaftliche Teilhabe und gesellschaftliche Ausgrenzung hängen in einer modernen Wissensgesellschaft in hohem Maße von den individuellen Bildungsabschlüssen und Bildungskarrieren ab. Bildungspolitik kann durchaus ein zentraler Bereich der Gesellschaftspolitik sein, wenn sie am Ziel der Chancengerechtigkeit und der Chancengleichheit orientiert ist. Die Bildungspolitik war in Deutschland ein Vierteljahrhundert nicht am Ziel der Chancengerechtigkeit und der Chancengleichheit orientiert.

1. These: Eine gute Bildung optimiert die Chancen sozialer Inklusion und minimiert die Risiken sozialer Exklusion.

Ich möchte diese These an drei empirischen Beispielen ganz kurz erläutern.

Beispiel Armut: Die Gefahr für Personen ohne Hauptschulabschluss unter die Sozialhilfegrenze zu rutschen, war 2004 um das 13fache höher als für Hochschulabsolventen.

Beispiel Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenrate unter ungelerten Männern betrug 2004 27,8%. Sie war um das 8fache höher als unter Hochschulabsolventen mit 3,5%. Diese Abstände sind in der Regel in den letzten 20 Jahren in ähnlicher Form immer da gewesen. Wenn man Langzeitarmut und Langzeitarbeitslosigkeit genauer untersucht stellt man fest: Akademiker sind unter dieser Gruppe nicht.



Beispiel digitale Kluft: Nach den neuesten Zahlen von Ende 2005 hatten 88 % der Personen mit Abitur einen Zugang zum Internet. Bei den Menschen ohne Hauptschulabschluss waren es nur 17%.

Resümee des ersten Gesichtspunktes: Gleiche Bildungschancen für alle sind ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit in einer Wissensgesellschaft.

2. These: Der Pisa-Schock beendet ein Vierteljahrhundert Illusion der Chancengleichheit.

In den 60er Jahren gab es bereits einmal in Deutschland eine sehr intensive öffentliche Diskussion um die soziale Ungleichheit, um die gravierende Ungleichheit der Bildungschancen die man in Deutschland feststellen konnte. Prof. Dr. Georg Pichts Bestseller „Die deutsche Bildungskatastrophe“, 1964 erschienen, wurde zu einem geflügelten Wort. Auf die sozialen Ungleichheiten und auf die Ungerechtigkeiten hat insbesondere der Kollege Ralf Dahrendorf hingewiesen und zwei lesenswerte Schriften veröffentlicht, die man heute noch mit Gewinn lesen kann: „Arbeiterkinder an deutschen Universitäten“ (1965) und „Bildung ist Bürgerrecht“ (1965). Er weist in beiden

Prof. Dr. Rainer Geißler, geb. 1939,
Soziologe an der Universität Siegen

Schriften mit großem Nachdruck darauf hin, dass die Kinder aus den unteren Schichten, Arbeiterkinder, krass im deutschen Bildungssystem benachteiligt sind. Diese Debatte um die Benachteiligung unterer Kinder in dem Bildungssystem verstummte dann in der Mitte der 70er Jahre. Seitdem breitet sich in Deutschland eine Grundstimmung aus – ich bezeichne sie immer als die Illusion der Chancengleichheit.

Diese Illusion der Chancengleichheit zeigt sich auch in den Grundsatzreden der Bundespräsidenten. Roman Herzog hat seine Rede 1997 gehalten. Er hebt in seiner Rede hervor, „dass Bildung ein unverzichtbares Mittel des sozialen Ausgleichs ist. Sie hält die Mechanismen des sozialen Auf- und Abstiegs offen und hält damit unsere Gesellschaft in Bewegung.“ Bei Herzog fehlt jeglicher Hinweis darauf, dass in diesen Auf- und Abstiegsprozessen soziale Barrieren eingebaut sind. Johannes Rau hat drei Jahre später die Akzente etwas anders gesetzt. Er macht durchaus auf Gefahren sozialer Ausgrenzung aufmerksam. Er sagt: „Wir müssen verhindern, dass ein Bildungsproletariat entsteht, das den sozialen Anschluss verliert.“ Konkret, wenn man genau hinguckt, wen meint er damit. Er nennt nur die jungen Ausländer als die von Exklusion betroffene Gruppe. Von den benachteiligten deutschen Kindern aus dem abgehängten Prekariat ist auch beim Sozialdemokraten Rau keine Rede.

Auch in den zuständigen Wissenschaften, die Soziologie – und Erziehungswissenschaften, wurde die Illusion der Chancengleichheit gepflegt. In der Soziologie dominierte eine Richtung die davon ausging, die Klassen und Schichten haben sich im Zuge der Modernisierung in Deutschland aufgelöst. Es gibt einen wortgewaltigen Kollegen, der sehr einflussreich ist, Ulrich Beck, das ist einer der prononcierten Vertreter dieser Auflösungsthese.

Es bedurfte der Pisa-Studie. Die Wucht dieser international vergleichbaren Studien beendete diese Epoche der Chancengleichheitsillusion mit einem Paukenschlag. Im Gefolge dieses Schocks kam auch ein Thema wieder an die Öffentlichkeit, nämlich die Ungleichheit der Bildungschancen.

Vor zwei Monaten hat der UN-Sonderbeauftragte für das Menschenrecht auf Bildung, ein Erziehungswissenschaftler aus Costa Rica, Vernor Muñoz, das deutsche Bildungssystem analysiert und seinen Bericht dem UN-Menschenrechtsrat in Genf vorgestellt. Die Quintessenz seines Berichtes lautet: Im deutschen Bildungssystem werden Schülerinnen und Schüler aus sozial schwachen Familien, aus Migrantenfamilien und solche mit Lernbehinderungen systematisch benachteiligt.

3. These: Vernor Muñoz hat Recht. Deutschland gehört zu den „Weltmeistern“ der Chancenungerechtigkeit oder genauer, der Ausgrenzung der Kinder aus sozial schwachen Familien und Migrantenfamilien.

Die Kinder der oberen Dienstklasse, das ist ein Ergebnis der Pisastudien, besuchen sechsmal häufiger ein Gymnasium als die Facharbeiterkinder. Man kann sagen das liegt an der Leistung. Aber da hat Pisa genau kontrolliert. Wenn man Kinder die genau dasselbe leisten aus oberer Dienstklasse und Facharbeiterfamilien vergleicht, dann ist ihre Chance in der oberen Dienstklasse noch dreimal höher als die der Facharbeiterkinder ein Gymnasium zu besuchen. In allen von Pisa untersuchten Gesellschaften gibt es durchaus Kompetenzunterschiede zwischen oberen und unteren Schichten. Pisa misst, um das vergleichbar zu machen, die Leistungs- und Kompetenzunterschiede zwischen den Kindern aus dem oberen und dem unteren Viertel. Dabei stellt sich heraus, in Deutschland sind diese Oben-Unten-Unterschiede erheblich größer als in den meisten anderen untersuchten Gesellschaften. Häufig doppelt so groß oder sogar noch größer.

Das dritte Beispiel stammt nicht von Pisa ist aber besonders schockierend: 11% der jungen Deutschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Wenn man sich die Ausländerkinder anguckt stellt man fest, dass 38% der jungen Ausländer keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Innerhalb der Ausländergruppe ist eine halbe junge Generation eine verlorene Generation. Hier tickt wirklich eine Zeitbombe.



4. These: Die Ursachen dieser Chancengerechtigkeit liegen im Institutionengefüge des deutschen Bildungssystem.

Bildungsungerechtigkeit hängt zum Teil durchaus mit den Familienstrukturen zusammen, mit der unterschiedlichen Ausstattung der Familien an ökonomischem und kulturellem Kapital. Der Abbau dieser Unterschiede kann von der Bildungspolitik so gut wie nicht beeinflusst werden. Hier muss Armutspolitik und Einkommenspolitik ansetzen.

Diese Chancengerechtigkeit wurzelt aber auch in den Schulen. Es existiert ein von den Leistungen unabhängiger, sozialer Filter. Wie kommt das? Generell ist durch viele Untersuchungen folgendes belegt: Die Leistungen der Kinder aus den oberen Schichten werden von den Lehrerinnen und Lehrern tendenziell überschätzt. Die Leistungen der Kinder aus den unteren Schichten werden von den Lehrerinnen und Lehrern unterschätzt. Eine ganz entscheidende Weichenstellung im deutschen Bildungssystem für die Karrieren der Kinder ist die Gymnasialempfehlung am Ende der Grundschulzeit. Hier hat eine Untersuchung in Hamburg, wo man ganze Grundschulklassen eines Jahrgangs untersucht hat, folgendes gezeigt: Kinder aus bildungsnahen Familien, hier gemessen Vater hat Abitur, müssen 68 Punkte in einem Schulleistungstest erbringen, um eine Empfehlung für das Gymnasium zu erhalten. Kinder aus bildungsschwachen Familien, hier gemessen Vater hat keinen Hauptschulabschluss, brauchen 98 Punkte, um eine solche Empfehlung zu erhalten. Es zeigt, soziale Auslese an den Schulen durch Lehrerverhalten.

Die Chancengerechtigkeit liegt auch im Gesamtgefüge der Bildungsinstitutionen in Deutschland. Im Vergleich zu solchen Ländern, die bei Pisa erheblich besser abgeschnitten haben, liegt eine Besonderheit in Deutschland darin, dass eine sehr frühe Trennung der Kinder in Schulen mit unterschiedlichem Niveau stattfindet. Diese frühe Trennung hat schichttypische Effekte. Im Alter von 10 Jahren ist bei vielen Kindern überhaupt nicht absehbar, ob sie ihr Abitur machen werden. Familien die finanziell nicht gut ausgestattet sind, scheuen die Risiken eines langen Bildungswegs der viel Geld, Zeit und Energien kostet und sie schicken ihre Kinder, wo sie nicht genau wissen vielleicht könnte er Abitur machen, vielleicht auch nicht, auf Hauptschulen oder auf Realschulen, nicht auf das Gymnasium. Diese frühen Schulentscheidungen haben einen zweiten Folgeeffekt: Schlechte oder gute Schulumilieus. Studien zeigen ganz generell in den unterschiedlichen Niveaustufen unterschiedliche Schulumilieus, Lernmilieus. Bei gleichen intellektuellen Voraussetzungen wird auf der Hauptschule weniger gelernt als auf der Realschule, auf der Realschule weniger als auf dem Gymnasium.

Ein zweiter Punkt ist in Deutschland etwas Besonderes. In Deutschland existieren Abschiebemechanismen für Problemkinder, für Kinder die nicht so gut mitkommen. Andere Länder die bei Pisa besser abgeschnitten haben, wie beispielsweise Kanada und Schweden zeigen, dass dieses nicht nötig ist. Diese Länder haben drei Besonderheiten gegenüber Deutschland.

Erstens: Das Leistungsniveau ist generell besser, auch das gute Viertel ist in Kanada und Schweden besser als das gute Viertel in Deutschland.

Zweitens: Die Unterschiede zwischen oben und unten sind erheblich kleiner, sowohl in Kanada als auch in Schweden.

Drittens: Es gibt in Schweden und Kanada kein Sitzenbleiben. Diese Länder haben diese Abschiebemechanismen nicht. Nur in Extremfällen. Da setzen sich Eltern und Lehrer zusammen und machen bei Problemkindern einen Plan: Wie kann man im nächsten Jahr das Kind so fördern, ganz individuell, dass es die Schwächen, die es hat, ausbügelt.

Viertens: In diesen Ländern gibt es diese Mehrgliedrigkeit des Schulsystems nicht. Lernbehinderte und Hochbegabte lernen gemeinsam in derselben Klasse bis zum 9. oder 10. Schuljahr. Erst dann differenziert sich das.

5. These: Drei richtige Spuren und eine heilige Kuh.

Die deutsche Bildungspolitik hat durchaus auf Pisa reagiert und drei Spuren gelegt die in die richtige Richtung weisen: Sie fördert erstens den Ausbau der Ganztagschulen. Dies ist durchaus sinnvoll, wenn am Nachmittag individuell gefördert wird. Dadurch lassen sich schichtspezifische Familiendefizite zumindest etwas kompensieren. Die zweite richtige Spur ist der Ausbau der Sprachförderung. NRW hat zum ersten Mal mit vier Jahren diesen Sprachtest gemacht. Schließlich weist ein dritter Weg in die richtige Richtung: Der Ausbau der vorschulischen Erziehung mit einer professionelleren Ausbildung der Kindergärtnerinnen oder Erzieherinnen.

Schlussbemerkung: Es müsste radikal umgedacht werden und das ist illusorisch.

Die heilige Kuh! Überlegung zu einer Perestroika, ich nenne einmal diesen Begriff, zum wirklichen Umbau des deutschen Bildungssystems, zu einem wirklichen Umbau der Gesamtstruktur sind in Deutschland quasi ein Tabu. Die traditionelle Mehrgliedrigkeit gleicht einer heiligen Kuh. Diese Idee, man sollte Kinder in Grundschulklassen unterrichten unter Einbeziehung der Lernbehinderten, zehn oder neun Jahre lang, wird selbst in Wissenschaftskreisen, im Elfenbeinturm der Wissenschaft, nur von ganz einzelnen Personen geäußert. Sie ist in der Öffentlichkeit überhaupt nicht da. Man muss Realist sein, das ist in Deutschland auch nicht durchsetzbar. Das bedürfte wirklich eines grundlegenden Umdenkens der deutschen Bevölkerung, der deutschen Lehrer, der deutschen Politiker und es bedürfte auch eines grundlegenden Umbaus der ganzen Bildungsstrukturen, unter anderem der Lehrerbildung. Ich bin in der Lehrerbildung auch tätig und wir bilden nach Schultypen aus. Das müsste weg und wir müssten nach Grundschule ausbilden. Alle Lehrer, auch die heutigen Gymnasiallehrer würden Grundschullehrer. Allerdings nicht für Kinder bis zu 10 Jahren, sondern für Kinder bis zu 16 Jahren.

Über Bildungspolitik allein lässt sich soziale Inklusion nicht herstellen. Dazu bedarf es des Ansatzes auch anderer Teile der Gesellschaftspolitik. Aber eine Bildungspolitik, die am Motto des diesjährigen Europäischen Jahres dem Ziel der Chancengleichheit für alle wirklich orientiert ist, kann erstens soziale Exklusion mildern und zweitens einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit liefern.



DR. HANS JOACHIM SCHABEDOTH

Reichtum, Verteilungsgerechtigkeiten und soziale Integration

Der nachfolgende knapp zusammengefasste Beitrag analysiert Gründe der Armut und formuliert aus der Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Reihe von Maßnahmen, wie eine Überwindung dieser Situation vorstellbar wäre:

Armut ist verschämt, Reichtum diskret.

Deshalb gibt es stets nur sehr unzureichende und alte Statistiken über gesellschaftliche Vermögensverteilung. Der Spiegel zitiert im Vorbericht zum G8-Treffen in Heiligendamm die Verteilung des Gesamtvermögens der Weltbevölkerung nach einer Erhebung aus dem Jahre 2000 (Der Spiegel 4.6./23/2007 S. 53). Demnach besitzen die reichsten zehn Prozent 85 Prozent des Gesamtvermögens, die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nur ein Prozent. Für die deutschen Vermögensverhältnisse gibt es eine Statistik aus 2003. Demnach besitzen zehn Prozent 47 Prozent des Vermögens. 50 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger teilen sich vier Prozent des Gesamtvermögens. Und: Vermögen, das ist mehr als nur Geld haben. Der amerikanische Schauspieler Danny Kaye hat völlig Recht wenn er uns darauf aufmerksam macht: „Geld allein macht nicht glücklich. Es gehören auch noch Aktien, Gold und Grundstücke dazu.“ Wer also zu den Reichen gezählt werden will, sollte schon mehr haben als nur eine dicke Brieftasche. Also nicht nur russische, indische, brasilianische und traditionell amerikanische Milliardäre zählen dazu. Auch die deutschen Vorsitzenden eines DAX-Unternehmens könnten diesbezüglich glücklich sein. Im Durchschnitt kassiert jeder Vorstandsvorsitzende jährlich 3,9 Millionen Euro, also 150 Mal soviel wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmer. Laut Aktiengesetz müssen die Vorstandsbezüge „in einem Verhältnis zu den Aufgaben des Vorstandsmitglieds und der Lage der Gesellschaft stehen“. Aber weil objektive Daten



fehlen, orientieren sich die Bezüge oft an dem, was Vorstände anderer Unternehmen verdienen. So schaukeln sich die Vorstandsbezüge gegenseitig nach oben. Laut Berechnungen der Unternehmensberatung Kienbaum haben die Vorstände auf diese Weise ihre Einkommen seit 1998 verdoppelt.

Ob das gerecht ist?

Als reich gelten vier Prozent aller Haushalte, 3,6 Millionen Personen. Was „reich“ ist, ist relativ. Die amtliche Definition erklärt alle reich, die über mehr als das doppelte Durchschnittseinkommen verfügen. Über den ARD-Deutschlandtrend konnten wir im Dezember 2006 erfahren, dass jedenfalls 84 Prozent der Befragten gegenüber den Gehältern von Unternehmenschefs und Managern ein Ungerechtigkeitsgefühl besitzen. Deutliche Mehrheiten der Bevölkerung sind der Auffassung, dass es in Deutschland ungerecht zugeht.

Reichtum und Arbeit

Der englische Aufklärungsphilosoph John Locke (1632–1704) postulierte: „Reichtum ist das Produkt der Arbeit.“ Und damit sind wir beim Marx aus Trier, ich meine nicht den amtierenden Bischof,

Dr. Hans Joachim Schabedoth, geb. 1952,
Leiter der Grundsatzabteilung des DGB

sondern schon den Karl (1818–1883). Folgt man seinen Analysen, ist es das einfachste Rezept, reich zu werden, wenn man den Arbeitern für ihre Arbeit weniger zahlt, als ihre Arbeit Wert ist, und sich den Mehrwert möglichst vieler aneignet und für Akkumulation sorgt. Reichtum wird zu einer neuen Qualität, wenn er selbst zur Quelle neuen Reichtums wird.

Kapitalismus zivilisieren!

Es ist historischer, sozialer Fortschritt, dass sich der ungebundene Kapitalismus durch die Stärke der Arbeiterbewegung sozial domestizieren ließ. Es gibt sie, die Regeln, für die traditionell Gewerkschaften und Sozialdemokratie gekämpft haben:

Es gibt heute die Sozialpflichtigkeit des Eigentums; Es gibt Steuerpolitik und Erbrecht; Es gibt Verfassungen, es gibt Gesetze, es gibt Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen mit der Zielsetzung, den Kapitalismus weiter zu zivilisieren und ihm sozialen Fortschritt abzapfen.

Soziale Gerechtigkeit ein Auslaufmodell?

Aber es gibt auch die Gegenkräfte, die gegen solche Fesseln rebellieren. Es geht dabei nicht mehr um den angemessenen Interessenausgleich zwischen allen am Wirtschaftsleben beteiligten Kräften. Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit wird als Auslaufmodell verhöhnt.

Was in Sonntagsreden oft als „Sozialpartnerschaft“ gerühmt wird, das betrachten viele von montags bis samstags als überkommene „Sozialromantik“. Reichtum ohne soziale Verantwortung und ethische Bindung, Ausgrenzung für Nicht-Reiche, das wird zum Selbstläufer, wenn sich Gegenkräfte nicht behaupten und zudem noch erheblich verstärken können. Mit fremder Arbeit kann man reich werden.

Was ist denn mit der eigenen Arbeit?

Bei aller Kritik: Mit eigener Arbeit konnten und können die meisten Menschen in unserem Land sich immer noch einen relativen Wohlstandsstatus sichern. Aber es suchen über vier Millionen vergeblich einen Zugang zum Erwerbsleben und es gibt 2,5 Millionen Menschen, die jeden Tag ar-

beiten und trotzdem ihren eigenen Lebensunterhalt nicht sichern können. In den aktuellen Debatten wird für diesen Teil der Beschäftigten ein gesetzliches oder tarifliches Mindesteinkommen gefordert, denn in Artikel 20 GG steht ja nicht konsequenterweise, dass die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer und sozialer Bundesstaat sei.

Gute Arbeit

Gewerkschaften engagieren sich in ihrer Verpflichtung auf die Würde des Menschen für eine „gute Arbeit“, die existenzsichernd, kreativitätsfördernd und -fordernd sowie gesellschaftlich nützlich sein muss. Unter „guter Arbeit“ verstehen Gewerkschaften nicht zuletzt auch mitbestimmte Arbeit, also den Zugang zu Partizipationschancen in der Arbeit und natürlich auch die Freiheit, auf der Grundlage des Normalarbeitsverhältnisses das eigene Leben angemessen gestalten zu können.

Zugangschancen gestalten

Verteilungsaueinandersetzungen gibt es ja nicht erst bei der Verteilung des erarbeiteten Reichtums, sie setzen schon beim Zugang ins Erwerbsleben ein. Und eines stimmt wie eh und je: Soziale Selektion und Bildungserwerbschancen sind siamesische Zwillinge. Chancengleichheit verwehrt hier nicht der engstirnige Kapitalist, sondern es sind die Verteidiger gesellschaftlicher Machtverhältnisse, die ein im internationalen Vergleich vormodernes Bildungssystem als Auslesefilter nicht nur tolerieren, sondern aktiv verteidigen.

Was bietet Steuerungsmöglichkeiten?

Wenn Verteilungsgerechtigkeit vom Verfassungsauftrag zur sozialen Realität werden soll, dann gibt es folgende Steuerungsmöglichkeiten:

Erstens: Die Tarifautonomie muss gesichert bleiben. Es ist Aufgabe der Tarifvertragsparteien, die Teilhabe an Produktivitätsfortschritten und Rationalisierungsgewinnen aller zu sichern. Das Delegieren der Gestaltungskompetenz der Gewerkschaften auf betriebliche Akteure würde den ohnehin kurzen Hebel der Gewerkschaften in Verteilungsaueinandersetzungen weiter verkürzen.



Überall dort, wo tarifliche Gestaltungskompetenz fehlt, muss über gesetzliche Garantien von Mindestteilhabe seriöser nachgedacht werden, als es sich derzeit der Unions-Teil der Regierung erlauben will.

Zweitens: Schieflagen in der Vermögensverteilung sind durch gewerkschaftliche Tarifpolitik prinzipiell nicht korrigierbar. Hier muss das Steuerrecht angewandt werden. Wenn die Information der „Wirtschaftswoche“ richtig ist, besitzen 300 Deutsche allein 400 Milliarden Euro. Bei einem Prozent Vermögenssteuer geht es damit also um einen Betrag von vier Milliarden. Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Börsenumsatzsteuer und ein gerechtes Steuersystem sind die staatlichen Stellschrauben, um die Sozialpflichtigkeit des Eigentums zu gewährleisten.

Drittens: Aus der gewerkschaftlichen Perspektive ist nicht so sehr der Besitz, sondern vielmehr die Verfügung über das Produktionseigentum maß-

gebend. Deshalb sind funktionsgerechte Mitbestimmungsregeln unverzichtbar, um Fremdbestimmung entgegenzuwirken, die mit der Verfügung über Produktionsmittel notorisch einhergeht.

Viertens: Soziale Gerechtigkeit, auch Verteilungsgerechtigkeit vollzieht sich nicht als Ergebnis der Einsichtsfähigkeit aller gesellschaftlichen Akteure. Notwendig sind Regulierungen (Spielregeln), die Rechte und Pflichten definieren. Staatliche Politik darf sich deshalb nicht als „dummer August“ den Marktgesetzen unterordnen, sondern sie muss mit eigenen Initiativen soziale Gerechtigkeit und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums fördern. Anders als es der Neoliberalismus notorisch behauptet, ist der Staat, der den Märkten einen sozialen Ordnungsrahmen setzt, noch lange nicht Vormund aller Bürgerinnen und Bürger, sondern eher ihr Helfer bei der Selbstbehauptung gegen soziale Ausgrenzungsmechanismen.

ROLF STÖCKEL, MDB

Vorsorgender Sozialstaat: „Neue“ Sozialstaatsgarantie im Vollzug der Globalisierung?



Der nachfolgende knapp zusammengefasste Beitrag entwickelt aus der Praxis heraus die Vorstellungen der SPD darüber, was ein vorsorgender Sozialstaat leisten kann und leisten müsste:

In der SPD wird natürlich auch noch darüber debattiert und gerungen, was unter dem guten Begriff „Vorsorgender Sozialstaat“ eigentlich zu begreifen sei. Wie das in der SPD ist, wenn man über Chancengleichheit oder Zugangsgerechtigkeit diskutiert, wird gleich von anderer Seite konstatiert: Aber das könnte ja ein Kampfbegriff gegen die Verteilungsgerechtigkeit sein. Wenn man den Begriff „Vorsorgender Sozialstaat“ benutzt, dann könnte das ein Kampfbegriff gegen den „Nachsorgenden Sozialstaat“ sein. Deswegen will ich hier gleich sagen, dass das meiste, was ich hier vortrage, natürlich meine eigenen Positionen sind. Aber ich will auch versuchen andere Ansätze, die hinter dieser Begrifflichkeit stehen stichwortartig deutlich machen. Von Sozialwissenschaftlern ist Ende der 70er Jahre, Anfang der 80er Jahre eine kritische Debatte um den konservativen nachsorgenden Sozialstaat begonnen worden. Damals habe ich Sozialarbeit in Dortmund studiert und wir haben dann als frisch gebackene Sozialarbeiter in den Verbänden, Kirchen oder eben wie ich in

der Kommune versucht, einiges von dem was wir aktivierenden, auch respektierenden Sozialstaat genannt haben, herstellen zu können. Bereits das BSHG (Bundessozialhilfegesetz) von 1962 hatte neben der Möglichkeit der sozialen Integration bereits die Mitwirkungspflicht vorgesehen, also das Fordern war auch Bestandteil des Gesetzes. Beides ist meines Erachtens und das war auch damals die Kritik eigentlich nicht umgesetzt worden. Das war das, was an diesem konservativen, nachsorgenden Sozialstaat respektlos war gegenüber den Betroffenen. Damals hat es in allen Bereichen, auch in den Kommunen, auch bei den politisch Verantwortlichen immer Köpfe gegeben, die den Paradigmenwechsel und mehr Geld gefordert haben, weil die Probleme brennender wurden. Vor allen Dingen mit der aufziehenden Massenarbeitslosigkeit haben die Kommunen umgedacht. Sie haben gesehen, die Massenarbeitslosigkeit wird in die Sozialhilfe abgewälzt und es entstehen für uns Kosten. Das sind nicht nur Einzelfälle die auf Grund persönlicher Schicksalsschläge in die Sozialhilfe geraten sind, sondern es wird ein Massenphänomen und die Kommunen sollen das bezahlen. Dann fingen die Kommunen an Schuldnerberater einzustellen. 1985 betrug die Zahl der überschuldeten Haushalte in der alten Bundesrepublik 1,5 Millionen, heute sind es annähernd 3 Millionen Haushalte. Wir hatten es geschafft in das BSHG reinzuformulieren, dass Schuldnerberatung eine Pflichtaufgabe der Kommunen ist. Aber, wir Sozialpolitiker konnten uns nicht mit der Forderung durchsetzen, dass die Schuldnerberatung auch wie andere psycho-soziale Hilfen zur Pflichtaufgabe der ARGE (Arbeitsgemeinschaften nach § 44b SGB) und der Optionskommunen wird. Aber es wird erkannt, dass hier ein riesiger Bedarf ist und Armutslagen im Wesentlichen durch Überschuldung entstehen.

Rolf Stöckel, MdB, geb.1957,
Dipl.-Sozialarbeiter grad.

Das SGB II, das Zusammenlegen von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe war meines Erachtens ein absolut notwendiger Schritt. Ob das mit jedem einzelnen Instrument richtig gemacht worden ist? Da habe ich auch viel Kritik. Aber es wird auch zunehmend besser umgesetzt. Was wir da mittlerweile an Erfahrung haben, sagt uns, dass es mehr Respekt gibt gegenüber den Betroffenen, ja selbst wenn sie einen Ein-Euro-Job annehmen. Dazu ein Beispiel für den Bereich den wir vielleicht aktivierenden Sozialstaat nennen: Wenn man im Kreis Unna einen Ein-Euro-Job macht sind das in der Regel 1,50 € pro Stunde plus der Transferleistungen (Mietkosten, Energiekosten usw.). Wenn man das als Stundenlohn ausrechnen würde, läge das über dem was der DGB im Moment an Mindestlohn fordert. Wir haben im Kreis Unna eine Untersuchung darüber gemacht wie die Leute sich damit fühlen. Ob sie sich bestraft, kontrolliert oder gezwungen fühlen, unglücklich fühlen. Zu 80 Prozent sagen sie: Gut, dass es diese Möglichkeiten gibt. Wir wollen das weiter ausbauen. Klar ist, dass das Sozialstaatsgebot von allen Parteien die im Bundestag vertreten sind, umgesetzt werden muss, dass der Sozialstaat so angepasst werden muss, dass er den Herausforderungen der heutigen Zeit gerecht wird. Ich habe als Sozialarbeiter immer debattiert, wir müssen mehr investieren in die Vermeidung sozialer Probleme, um nicht hinterher größere Probleme zu haben. Ich glaube da muss man jetzt nicht viele Beispiele nennen, was es bedeutet, wenn man mit Jugendlichen eine ordentliche Kinder- und Jugendarbeit macht. 1974, da gab es noch die Hochzeiten in der NRW-Jugendförderung, etwa für Jugendverbände und Kinderverbände, die eigentlich immer weiter abgebaut worden ist. Wenn man sich heute die Landschaft ansieht, dann wird das noch als traditionelle Sozialarbeit angesehen. Aber es gibt nicht viel Ersatz, außer Privatfernsehen und einigen engagierten Menschen die das immer noch tun. Ich glaube deswegen ist der vorsorgende Sozialstaat, so wie er etwa in Dänemark, Finnland, Schweden und in anderen Ländern viel früher angefangen hat zu erkennen, dass man Kinder von Anfang an fördern muss, dass man sie besser qualifizieren muss in Schulsystemen die nicht selektiv sind, sondern

fördernd unterstützend wirken bei denen die Schwächen haben und auch fordernd bei denen die Stärken haben. Dass man das alles differenziert in einer Gemeinschaftsschule machen kann zeigen uns ja viele Länder. Das ist der eigentliche sozialpolitische Skandal, dass wir seit 1960, der Deutsche Bundesrat hat da Vorschläge gemacht, eigentlich einen Grabenkampf um das gegliederte, selektive Schulsystem oder um die integrierte Gesamtschule haben. Wir haben jetzt in NRW ein gutes Konzept geschrieben, aber leider sind wir nicht mehr in der Regierung. Als wir in der Regierung waren haben wir das nicht umgesetzt, auch zu meinem Leidwesen. Ein weiteres Feld des sozialen Wandels ist völlig unterentwickelt in der Bundesrepublik, die Forderung nach Flexibilität, Mobilität, aber vor allem nach einem lebenslangen Lernen und Weiterbilden. Aber da muss man nicht nur die Politik fragen, da muss man auch mal die Tarifpartner fragen, wo die denn die tollen Weiterbildungstarifverträge abgeschlossen haben.

Der vorsorgende Sozialstaat soll gleichzeitig ein lebensbegleitender Sozialstaat sein und natürlich solange ein nachsorgender bleiben, so lange der Bedarf danach da ist. Der vorsorgende Sozialstaat wird bestimmte Probleme für viele Gruppen lösen können. Aber er wird nicht alles lösen können wie z.B. Krankheit und Behinderung durch Unfall oder durch welche Ursachen auch immer. Dafür wird es auch immer noch Rehabilitationsmöglichkeiten geben müssen. Es ist völlig klar, es wird auch noch Einrichtungen geben müssen für Schwerstbehinderte, die man nicht so einfach in die Mitte der Gesellschaft nehmen kann. Wir müssen prinzipiell zu dem zurück, was wir auch mal gelernt haben als Sozialarbeiter in den 80er Jahren, nämlich dem Gemeinwesenansatz. Wir müssen in den Kommunen Wohnviertel und Strukturen aufbauen, die integrierte soziale Dienstleistung, Unterstützung, aber auch Aktivierung und Teilhabe organisieren. Wir brauchen nicht immer mehr Spezialdienste und -einrichtungen und immer mehr Heime. Ich sage ganz klar: „Lieber daheim statt Heim!“ Wir haben vor kurzem eine Bundesinitiative gegründet mit Vertretern aus Wohlfahrtsverbänden, von Einrichtungen der evangelischen und katholischen Kirche und der AWO (Arbeiterwohlfahrt).

Statements: Welche Gerechtigkeits-, Inklusions- und Armutspolitik brauchen wir?



Jens König

Der nachfolgende knapp zusammengefasste Diskussionsbeitrag des Buchautors Jens König beschreibt einen Blick in die Lebensrealität der Menschen die arm sind, hier in der Bundesrepublik Deutschland:

Vielen Dank für die Einladung! Aber das Problem beginnt gleich jetzt. Wenn man ein Buch geschrieben hat über Armut und dann quasi eine Kurzform davon wiedergibt ist es in der Tat ein Problem. Denn eine der wichtigsten Erfahrungen die wir gemacht haben ist, dass die Betrachtung von Armut und erst recht die Lösung dieser Frage oder die Bearbeitung dieser Frage vor allen Dingen eines erfordert: Zeit beim Recherchieren, beim Beobachten der Frage was die Armut dieser Menschen eigentlich ausmacht. Wir glauben, dass unsere Gesellschaft in Bezug auf Armut autistisch ist. Das heißt wir reagieren wie viele Autisten nur auf Systeme oder wir beobachten nur Systeme. Wir reden über Agenda 2010. Wir reden über Hartz IV. Wir reden über Teilhabegerechtigkeit, über Verteilungsgerechtigkeit, über alles Mögliche. Wir haben Zahlen, Daten, Fakten. Wir haben Statistiken. Wir können alles abstrahieren. Nur die Leute um die es geht haben wir aus dem Blick verloren. Wir wissen schon gar nicht mehr wen

wir als Arme bezeichnen. Wer arm ist, in welcher Form er arm ist. Deswegen enthält unser Buch als Schwerpunkt zwölf Portraits von Leuten die auf sehr verschiedene Art und Weise von Armut betroffen sind.

Keiner der Betroffenen, die wir in diesem Buch porträtiert haben, hat gesagt, dass er arm ist. Die gebrauchen das Wort Armut selber überhaupt nicht. Wenn wir denen gesagt hätten, dass wir ein Buch über Armut machen, hätten die überhaupt nicht mit uns geredet. Also auch das ein Hinweis darauf, dass zum einen der Selbstbehauptungswille dieser Menschen, das Schamgefühl, der Versuch in Selbstachtung zu leben, so groß ist, dass sie eben nicht von sich behaupten, dass sie arm sind.

Wir haben neben diesen Porträts auch ein Essay geschrieben, der sich mit der Frage beschäftigt, was Armut in einem reichen Land wie Deutschland eigentlich ausmacht und wie man mit diesem Problem umgeht. Ein wichtiger Punkt einer intelligenten Armutspolitik ist eine Politik des Respekts. Armutspolitik kann nur wirksam sein, wenn sie eine Politik des Respekts gegenüber den Betroffenen ist. Nicht Mitleid, sondern alles tun, was den Menschen ermöglicht am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. In welcher Form auch immer. Das kann sogar ein Ein-Euro-Job sein, wenn er nicht als Zwangsinstrument missbraucht wird und wenn es den Menschen entsprechend ihrer Qualifikation, ihrer beruflichen Erfahrung ermöglicht, und sei es nur für sechs, neun oder zwölf Monate, irgendwie in Gruppen zu arbeiten.

Vielleicht noch zwei Erfahrungen von den Lesungen die wir mit dem Buch gemacht haben. Ganz oft wird immer gefragt: Warum gehen die Leute eigentlich nicht auf die Straße? Warum tun die eigentlich nichts, wenn wir hier so ein großes Problem haben? Wenn wir von acht, zehn, zwölf Millionen Menschen reden die in verschiedener Form von Armut betroffen oder von Armut bedroht sind, warum passiert dann eigentlich nichts

Jens König, geb. 1964,

**Journalist (TAZ) und Buchautor, gemeinsam mit Nadja Klinger Preisträger „Das politische Buch 2007“ der Friedrich-Ebert-Stiftung:
Klinger, Nadja; König, Jens: Einfach abgehängt. Ein wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland, Berlin: Rowohlt Berlin Verlag, 2006**

in diesem Land? Dann entspinnt sich immer eine hochgradig emotionale Debatte und ganz oft war es so, Leute die arm sind, sind übrigens ganz selten bei diesen Diskussionen dabei, dass irgendwo hinten in der Ecke nach einer Stunde ein Sozialarbeiter aufsteht. Die hören lange zu. Wir waren zum Beispiel bei einer Lesung in Mühlheim, da war es so, da stand ein Sozialarbeiter auf und sagte: Liebe Gutmenschen bitte lasst die Langzeitarbeitslosen und Armen in Ruhe, die haben andere Sorgen. Wenn ihr demonstrieren wollt geht doch selber auf die Straße.



Cornelia Coenen-Marx

Der nachfolgende knapp zusammengefasste Beitrag beschreibt die gesellschaftliche Rolle der evangelischen Kirche in diesen Fragen von Armut, Ausgrenzung, abgehängtes Prekariat und welche Vorstellungen sie darüber hat, was geschehen muss:

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat sich 2006 sehr grundsätzlich mit Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft auseinandergesetzt und eine Armuts- und Reichtumsdenkschrift vorgelegt. Davor liegen knappe zehn Jahre des gemeinsamen Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage, was immer und immer wieder zitiert wird, wenn es um Sozialstaatsentwicklung geht. Das sind zehn Jahre auch des gesellschaftlichen Lernens, in denen auch die Kirche wahrgenommen hat was sich innerhalb der Gesellschaft tut. Zwei Dinge will ich einmal benennen: die Fra-

gen von Befähigungsgerechtigkeit sind gegenüber den Fragen von Verteilungsgerechtigkeit ins Hintertreffen geraten und darauf haben uns nicht so sehr die Debatten um den Sozialstaat aufmerksam gemacht, sondern eher die um Pisa und die Demografie. Das bedeutet aus meiner Sicht, dass die Kirchen gerade diese Chance wahrnehmen müssen, nicht einfach nur sektoral zu antworten. Also nicht einfach nur Sozialpolitik und sozialpolitische Instrumente zu diskutieren oder an anderer Stelle Bildungspolitik oder an der dritten Stelle Familienpolitik, sondern aus ihrer Erfahrung in den Gemeinden, in den Werken vor Ort zu fragen: Wo berühren sich eigentlich diese Politikfelder und sind wir möglicherweise oft auf einem Auge blind? Nehmen Sie die Demografiedebatte: wir diskutieren im Augenblick über die Frage, wie insbesondere die Akademikerinnen die zu hohen Zahlen kinderlos sind, in Zukunft wieder so in Vereinbarkeit gefördert werden können, dass unser Volk mehr Kinder bekommt; Wir diskutieren aber wenig die Frage wie das mit den 1,9 Mio. Kindern aussieht die in Hartz IV sind und in der Tat auch eine soziale, qualitative Förderung brauchen.

Bildungspolitik, Schulpolitik, Kindergartenpolitik als Sozialpolitik zu verstehen ist aus meiner Sicht ganz nahe an der Aufgabe der Kirche, die ja Kindergärten unterhält, immer schon elementar Bildung betreibt und sich seit langem dafür eingesetzt hat, dass diese Elementarbildung qualitativ hochwertig ist und in kleinen Gruppen stattfindet. Deswegen glaube ich, dass wir bei diesen Fragen sehr, sehr nah an unserer Sache sind und unsere Aufgabe darin sehen quer zu denken, quer zu fragen, auch von unseren ökumenischen Erfahrungen her zu fragen.

Im nächsten Jahr, 2008, feiern wir den 200jährigen Geburtstag von Johann Hinrich Wichern, einem Sozialreformer des 19. Jahrhunderts aus Hamburg, der die innere Mission gegründet hat und wie alle, auch Theodor Fliedner und andere, wesentlich dazu beigetragen hat, dass der Sozialstaat der „nachsorgende“ Sozialstaat natürlich erst einmal Bismarck'scher Prägung, aber auch manche zivilgesellschaftlichen Initiativen in diesem Land überhaupt entstanden sind. Insofern fühlen sich Kirchen verantwortlich als dieje-

Cornelia Coenen-Marx, geb.1952,

Oberkirchenrätin, Evangelische Kirche in Deutschland

nigen die an der Wurzel dieser Bewegung auch mit stehen.

Johann Hinrich Wichern hat im Blick auf Armut, im Blick auf zerbrochene Familien, im Blick auf Bildung viele Initiativen ergriffen. Er hat Kinder herausgelöst aus Familien, aber neue Familien geschaffen in Kleingruppen. Er hat Erzieher ausgebildet. Er hat Arbeitsprojekte für junge Leute geschaffen. Ihm war daran gelegen, dass die Kirche diakonische Kirche ist. Und er hat eine gesellschaftliche Bewegung in Gang gesetzt die er nannte: Die Netze der rettenden Liebe. Nun ist der Begriff des Netzes bei uns vielleicht etwas verbraucht durch das soziale Netz und die soziale Hängematte. Aber das hat er glaube ich gar nicht gemeint. Ich interpretiere das heute so, dass es darum geht gesellschaftliche Sektoren wirklich zu überschreiten. Dass Stadtteilschulen sich auch als Community Center empfinden. Dass Menschen aus der Mittelschicht, die Arbeit und Einkommen haben, für andere auch Pate stehen, damit sie überhaupt in Berufe kommen. Also Netze der rettenden Liebe in der Zivilgesellschaft schaffen. Ich glaube das ist eine Rolle der Kirche. Dazu muss sie mit allen gesellschaftlichen Kräften zusammenarbeiten. Dabei kommt es nicht so sehr darauf an, dass wir sozusagen immer nur einzelne Instrumente diskutieren, obwohl wir da auch zu bestimmten Auffassungen kommen. Ich glaube es kommt darauf an, dass wir bereit sind auch kritische Fragen zu stellen, auch aus unserer ökumenischen und historischen Erfahrung.

Das Wort der Kirchen zur Befähigungsgerechtigkeit bezieht sich eigentlich auf drei Aspekte die ich noch mal benennen will: Das eine sind die eben erwähnten Fragen der Bildungspolitik, also frühkindliche Förderung, Schulsysteme, Gesamtschulen oder zweigliedriges Schulsystem, inklusive Bildungspolitik.

Das zweite sind die Fragen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik die wir von der Sozialpolitik nicht trennen wollen. Bei der Debatte im Augenblick um das voraussetzungslose Mindesteinkommen sind wir zum Beispiel weitgehend der Auffassung, dass Arbeit, Befähigung, Teilhabe an der Gesellschaft, ökonomische und soziale Teilhabe zur Menschenwürde gehört und dass es

darum notwendig und besser ist, Instrumente wie Kombilohn oder Negativsteuer oder ähnliches in Gang zu setzen. Hinter beidem, hinter der Vorstellung von Befähigungsgerechtigkeit, Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik steht unser protestantisches Ethos, dass Menschen Talente haben, dass Menschen Begabungen haben, dass Menschen deswegen auch Eigenverantwortung einbringen können und von da aus auch ihre Sozialverantwortung mit tragen. Das passt denke ich zu der Frage des aktivierenden und letztendlich auch des vorsorgenden Sozialstaats. Der dritte Punkt ist die Quartierspolitik, mit Stadtteilbudgets, mit der Frage von Mehrgenerationenhäusern, mit der Frage von Eltern-Kind-Zentren, mit der Frage von Stadtteilschulen usw.

Das sind unsere Ansätze. Die gehen über Instrumente hinaus und fragen auch nach dem Ganzen.



Rainer Brücker

Der nachfolgende knapp zusammengefasste Beitrag beschreibt konzeptionelle Schlussfolgerungen der AWO (Arbeiterwohlfahrt) zum Thema Armut in der Bundesrepublik, als Träger von Einrichtungen, aber auch als Wohlfahrtsverband der die zivilgesellschaftliche Debatte mitgestalten will:

Armut hat viele Facetten und die Ausgrenzung auch. Wir betreiben exzellente Ausgrenzungsarbeit bei Behinderten, letztlich auch bei Pflegebedürftigen. Für alles ist sozusagen gesorgt und für diese ganzen Schwierigkeiten mit denen wir

Rainer Brücker, geb. 1950

**Bundesgeschäftsführer der
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.**

Bisher erschienen:

- Nr. 1 Globale Demokratisierung und die Rolle Europas
- Nr. 2 Religion und Politik
Wandlungsprozesse im transatlantischen Vergleich
- Nr. 3 Die Zukunft des Sozialstaats
- Nr. 4 Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie
- Nr. 5 Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft
- Nr. 6 Weltethos und Weltfriede
- Nr. 7 Lokaljournalismus und Kommunalpolitik:
Ganz nah am Wandel der Gesellschaft
- Nr. 8 Braucht Deutschland Religion?
- Nr. 9 Das neue Grundsatprogram der SPD
Herausforderungen und Perspektiven
- Nr. 10 Fundamentalismus
- Nr. 11 Vollbeschäftigung und Gloablisierung – ein Widerspruch?
- Nr. 12 Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft,
Wissenschaft und Politik
- Nr. 13 Vorsorgender Sozialstaat
- Nr. 14 Öffentliche Güter – was ist des Staates?
- Nr. 15 Parteiprogramm und politisches Handeln
Der „Bremer Entwurf“ für ein neues
Grundsatprogram der SPD in der Debatte
- Nr. 16 Klimapolitik: Die Sicherheitspolitik des
21. Jahrhunderts?

